

## **Schlag-auf-Schlag Gespräch BZ 08. August 2013 19.00 Uhr Dornse, Altstadt-rathaus**

**Wolfgang Büchs, Ratsherr, BIBS-Fraktion**

### **1) Wie sehen Sie Ihre eigene Rolle in der Stadt, wo stehen Sie, welches ist Ihre Perspektive auf die Stadt?**

An dem Gespräch nehme ich teil als Vertreter der BIBS, der „Bürgerinitiativen Braunschweig“. Bürgerinitiativen entstehen in mehr oder weniger großem Umfang, wenn es „knackt im Getriebe“ eines Gemeinwesens, d.h. wenn Bürger ihre Anliegen nicht sachgerecht vertreten bzw. sich nicht gehört und/oder sich von autoritären Strukturen übergangen bzw. gegängelt fühlen.

Im Unterschied zu Parteien sind Bürgerinitiativen projektbezogen, getragen von temporärem Engagement und integrieren oft viele soziale Schichten und politische Richtungen.

So auch die BIBS: Die BIBS ist keine Partei und hat im Unterschied zu diesen keine hierarchischen Strukturen, sofern sie uns nicht von außen vorgegeben werden (z.B. als Fraktion). Bei der BIBS kann man kein Mitglied werden und muss folglich auch keine Beiträge bezahlen. Die BIBS ist strikt lokal fokussiert (Stadtgebiet Braunschweig), d.h. es gibt keine übergeordneten Strukturen oder Gremien, die bei Entscheidungen oder Initiativen zu berücksichtigen sind. Folglich kann man in der BIBS auch keine Karriere machen. Dies verhindert das Entstehen verkrusteter Strukturen.

Bei der BIBS profitiert niemand weder direkt noch indirekt von größeren Aufträgen oder Zuwendungen der Stadt bzw. kommerziell orientierter Unternehmen.

Diese Unabhängigkeit schafft Freiräume und ermöglicht es „ohne Ansehen der Person“ Vorgänge in der Stadt kritisch zu begleiten (mehr als manchem lieb ist) und in vielen Fällen den Finger in offene Wunden zu legen, Dinge unverblümter anzusprechen als es andere Gruppierungen tun können.

Bei der BIBS bestimmt die Initiative und das Engagement des Einzelnen das Programm. Es gibt kein „es müsste mal dies oder jenes gemacht werden“, sondern wer Veränderungen will, muss selbst Initiative ergreifen. Die BIBS gibt hierbei im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Rats- und Bezirksratsmitglieder, -fraktionen und –gruppierungen der BIBS verstehen sich hierbei als quasi-parlamentarisches Medium, um temporär mit Bürgerinitiativen zusammenzuarbeiten oder Anliegen von Bürgern aufzugreifen und diese in die städtischen Gremien hineinzutragen und zu vertreten, da sich hierdurch erweiterte Möglichkeiten ergeben, Veränderungen zu erreichen als durch ausschließlich außerparlamentarische Arbeit. Diese Funktion erfüllt die BIBS solange wie es der Wähler für erforderlich hält und sich KandidatInnen aus den Reihen der BI's zur Verfügung stellen. Die Frage einer Wiederwahl ist daher für die BIBS nicht entscheidend.

Auch als zahlenmäßig kleine Gruppierung lassen sich in den Gremien Veränderungen erreichen: Sehr oft ist bei den etablierten Parteien zu beobachten, dass nach anfänglicher Skep-

sis oder gar Ablehnung, ein Denkprozess in Gang gesetzt wird und Vorschläge der BIBS schließlich (oft in veränderter Form) aufgegriffen werden. Dies kann als ermutigendes Beispiel dafür gebracht werden, dass es sich lohnt sich politisch zu engagieren, auch in einer kleineren Gruppierung.

Bürgerinitiativen vertreten i.d.R. die weniger etablierten Positionen, oft handelt sich auch um sozial schwächere Gruppen – dies charakterisiert auch die Perspektive der BIBS auf die Stadt, die man vielleicht als „von unten aus der Mitte“ beschreiben könnte.

In der Runde des Schlag-auf Schlag-Gesprächs, die ja mehrheitlich aus den „üblichen Verdächtigen“ besteht, hat man mir offenbar die Rolle des „enfant terrible“ oder „advocatus diaboli“ zu gedacht. Dies bitte ich die LeserInnen zu bedenken, nehme die Rolle aber gerne an. In den nachfolgenden Ausführungen konnten bei vielen Punkten nicht alle Details in der gebotenen Tiefe erörtert werden, sondern mussten stark verkürzt dargestellt werden.

## **2) Wo steht aus Ihrer Sicht Braunschweig**

Hier werden von offizieller Seite gerne für Braunschweig günstige Städterankings angeführt. Solche Rankings sind zahllos (Eingabe Google 106.000 records), aber meist sehr sektorale Betrachtungen, die einseitig Wirtschaftsfaktoren in den Vordergrund stellen. Umwelt-/Naturschutzaspekte fehlen fast gänzlich, ebenso „weichere“ Kriterien, die man als „Wohlfühlfaktoren“ zusammenfassen könnte.

Da die Frage, wo steht Braunschweig einen Vergleichsmaßstab impliziert, hatte ich ursprünglich vor Braunschweig mit meiner etwa gleichgroßen Geburtsstadt Bonn (313.000 Einwohner) zu vergleichen, weil ich in beiden Orten etwa gleich lange (gut 25 Jahre) gelebt habe und daher beide ähnlich gut kenne. Aber das wäre unfair gewesen. Im umfassenden Ranking des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts landet Braunschweig unter den 30 größten Städten Deutschlands auf Platz 19, also im Mittelfeld, Bonn auf Platz 3 (noch vor Berlin). Bonn schlägt Braunschweig in allen Indikatoren um Längen.

Allerdings einen „Indikator“ hat man nicht berücksichtigt: Braunschweig hat mit Eintracht einen hervorragenden Fußballverein mit hohem emotionalen Bindungsvermögen (dem ich auch selbst erlegen bin) und großem Marketingpotential im Hinblick auf die überregionale Präsenz von Braunschweig. Im Fußball hat Bonn praktisch nichts zu bieten (eher Basketball, Badminton, Ringen, Fechten).

Gewonnen hat Braunschweig zweifellos in punkto Lebensqualität: Als ich 1986 aus dem klimatisch leicht submediterran geprägten Bonn hierher kam, gab es kaum Straßencafes, Biergärten o.ä. Alles wirkte irgendwie verschlossen und verbarrikadiert. Dies hat sich grundlegend gewandelt: Braunschweig wirkt wesentlich offener. Straßen und Plätze sind als Lebensraum erobert worden. Allerdings gibt's auch hier noch einiges zu verbessern: Weniger Restriktionen, wenn Bürger die Plätze nutzen wollen. Gerade der große Platz vor dem „Schloss“ wirkt ein wenig steril und schreit nach Belebung. Warum hier keine Flohmärkte, Konzerte, Performances o.ä.?

In einem anderen Ranking belegt Braunschweig Platz 1 im Bereich „öffentliche Sicherheit“. Dies ist sicherlich positiv zu vermerken. Ebenso wie vergleichsweise gute Betreuungs-/Hilfs-/Wiedereingliederungsangebote für Obdachlose. Gute Plätze erreichte Braunschweig beim sog. Altersquotienten (es kommen mehr junge Leute in die Stadt); ebenso bei der Zunahme

der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, während die Arbeitsplatzversorgung in Braunschweig unterdurchschnittlich ist.

**Wirtschaftsfreundlichkeit.** Von Unternehmern wird Braunschweig als „wirtschaftsfreundlich“ betrachtet. Diese Einschätzung scheint im Wesentlichen für größere Unternehmen zuzutreffen, denn in punkto „regionaler Gründungsdynamik“ (Saldo Gewerbean- und abmeldungen) liegt Braunschweig ziemlich weit hinten (Platz 42 von 50).

Die an sich erfreuliche Tatsache der „Wirtschaftsfreundlichkeit“ wurde allerdings mit einem hohen Preis erkaufte

- Ca. 40000 Bäume eines geschützten Waldes mit bis zu 200 Jahre altem Baumbestand wurden für eine Startbahnverlängerung niedergemacht – die größte Umweltzerstörung in Braunschweig seit dem 2. Weltkrieg. Als es im Rat um ein Nachtflugverbot am „Forschungsflughafen“ ging, wurde deutlich, es geht nur um VW. Kein Forschungsflug brauchte bis dato die verlängerte Landebahn.
- Über das Bemühen, eine Schlossattrappe als Einkaufszentrum mit vorgehängter Schlossfassade zu realisieren, kann man geteilter Meinung sein. Nicht akzeptabel aber ist die Verfahrensweise: Abholzen der Schlossparkbäume in Nacht und Nebel mitten in der Brutzeit, versteckt hinter einem Bretterzaun; Umgang mit den Unterschriften von ca. 25.000 Bürgern. Respektvoller Umgang mit den Sorgen der Bürger stellt sich anders dar.

Bei der Arbeit in den Ratsgremien erkennt man sehr schnell, wenn der kapitalstarke Investor winkt, stehen alle stramm und es wird alles möglich gemacht und Vorschriften sehr großzügig interpretiert. Dabei ist der „dampfwalzenartige Durchmarsch“ oft gar nicht nötig.

Jüngstes Beispiel ist eine an sich sehr positive Entwicklung. Für das wenig einladend wirkende Bahnhofsumfeld wurde ein beachtenswertes Planungskonzept entwickelt. Erster Bauabschnitt ist der sog. BraWo-Park auf dem alten Postgelände um die Toblerone herum. Büroräume und ein großes Einkaufszentrum sollen entstehen. So weit so gut. Doch dann wieder das, was man als „Braunschweiger Stil“ bezeichnen könnte:

Bei Aufstellung des Bebauungsplanes, also noch bevor den Ratsgremien irgendwelche Pläne vorlagen, wurde darum gebeten für einen Abzweig des Ringgleisradweges und seiner Innenstadtanbindung einen Grünstreifen hinter dem Einkaufszentrum freizuhalten und den Posttunnel als Verbindung zu erhalten, durch den z.B. bei Fußballspielen auch Gästefans abgeleitet werden ohne mit Normalreisenden in Kontakt zu kommen.

Antwort der Verwaltung: Dies sei problematisch, weil es bei der Volksbank zu hohen Planungskosten (> 300.000.- Euro) führe, die zu Lasten der Stadt gingen. – und das, obwohl der eigentliche Gremiendurchlauf noch gar nicht begonnen hatte und den Ratsgremien noch keine exakten Planungsunterlagen vorlagen. Was sollen Ratsgremien, die „aus Kostengründen“ keine Änderungen anregen können - nur abnicken?

Ferner wurde ein Protokoll einer Bürgerinformationsveranstaltung freundlich gesagt stark „frisirt“. Die Abrissarbeiten wurden schon im Vorfeld so überstürzt und massiv begonnen, dass nicht nur ein Teil des Posttunnels in Mitleidenschaft gezogen wurde, sondern vor allem die im Vorlauf gesetzlich vorgeschriebene naturschutzfachliche Prüfung (Bahngelände und Industriebrachen sind Lebensräume z.T. sehr seltener Tier- und Pflanzenar-

ten) nur noch als „Potenzialanalyse“ durchgeführt werden konnte, weil schon alles abgeschoben war.

Das geht für mich zu weit – Wirtschaftsförderung ja, aber nicht auf Kosten der Qualität demokratischer Prozesse. Mehr Vertrauen in diese Prozesse ist angesagt.

**Vertrauen und Glaubwürdigkeit.** Auch auf anderem Gebiet setzt die Braunschweiger Verwaltung ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Beispiel Rolltreppen im Hortentunnel: Angeblich kostet die Sanierung der vier Rolltreppen 1,7 Mio. Euro. Deshalb sollen die Rolltreppen für 180.000.- Euro abgerissen werden; nach langer Diskussion wurde ein Aufzug als Ersatz zugestanden (Kosten ca. 300.000.- Euro). Nach Akteneinsicht liegt der BIBS nun ein verwaltungsinterner Vorschlag vor, demzufolge die Sanierung aller 4 Rolltreppen inkl. bestimmter Schaltrelais bei ca. 140.000.- Euro liegt. Dieser Vorschlag ist den Ratsgremien vorenthalten worden. Für mich ein Skandal. Zusätzlich hat der Bezirksrat Innenstadt bei einer renommierten Firma einen Kostenvoranschlag für 4 neue Rolltreppen eingeholt. Ergebnis: 4 komplett neue Rolltreppen kosten 571.000.- Euro. D.h. für die Hälfte der von der Verwaltung angegebenen Summe bekommen wir 4 neue Rolltreppen und einen Aufzug.

Wo steht also Braunschweig? Vor einem Verlust der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens in die Verwaltung. Hier muss eine völlig neue Philosophie der Transparenz und Offenheit Einzug halten.

**Haushaltswunder.** Braunschweig hat kein Haushaltswunder: Städtisches Vermögen für ca. 750 Mio.€ ist versilbert worden (450 Mio. Versorgungs AG, 250 Mio. Abwasser-Privatisierung, 20 Mio. Stadtreinigung, 20 Mio. Niwo-Wohnungsverkäufe, 10 Mio. Immobilienverkäufe). Was ist daran „bewundernswert“? Wenn ich mein Häuschen verkaufe und zusätzlich noch einen hohen Kredit aufnehme, schwimme ich auch erst einmal in Geld. Wenn dieses erst einmal verbraucht ist und es an die Rückzahlung des Kredites geht, kommt das große Erwachen. So geschehen in Braunschweig.

Mehr noch: BS-Energy allein hat der 75%-Eigentümerin Veolia seit 2003 bereits mehr eingebracht, als der Kaufpreis betrug. Der Stadt Braunschweig sind demgegenüber ca. 400 Mio. Euro Gewinne verloren gegangen. 2014, wenn OB Hoffmann in den Ruhestand geht, sind die Gelder aus dem Verkauf des Tafelsilbers aufgebraucht. Zusätzlich muss Braunschweig bis 2025 (!) jährlich ca. 30 Mio Euro für die Schulprivatisierung und den Rückkauf der Abwasserkanäle aufbringen. Rücklagen für den Rückkauf der Versorgungsbetriebe sind darin nicht enthalten. Die Stadt wird an den letzten 13 Jahren noch lange zu knabbern haben. Der Stadt ist ein Bärendienst erwiesen worden. Die Stadt hat ihre finanzielle Handlungsfähigkeit für die nächsten Jahre nahezu verloren.

Inzwischen wurde der Privatisierungswahnsinn auch vom Deutschen Städtetag abgewatscht, Beispiel Wasserversorgung: „Die kommunale Wasserwirtschaft ist hierzu-landes Garant für eine hohe Qualität des Trinkwassers, aber auch für bezahlbare Preise und für nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur. Sie muss unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand bleiben können, wenn Städte und Bürger das wünschen.“ (Pressemitteilung vom 23.4.2013).

**Integrierte Gesamtschulen.** Nach langen Anlaufschwierigkeiten hat Braunschweig nach der Kommunalwahl endlich die 5. IGS auf den Weg gebracht. Allerdings gibt es immer noch viel mehr Anmeldungen als Plätze, so dass wir schon jetzt an die Vorbereitung der

6. IGS denken müssen. Hierbei hilft, dass die neue Landesregierung für eine IGS nur noch 4-zügigkeit statt 5-zügigkeit voraussetzen will.

**Verbraucherberatung.** Nach über 10 Jahren Abstinenz hat Braunschweig endlich wieder eine unabhängige Verbraucherberatung. 2002 waren die jährlich 18.000.- Euro für die Verbraucherzentrale aus Gründen der „Haushaltskonsolidierung“, ein Sparwahn, der damals sehr stark zu Lasten von Umwelt- und Verbraucherschutzeinrichtungen ging, gestrichen worden. Nun muss Braunschweig bis zu 50.000.- Euro für die Einrichtung und jährlich bis zu 135.000.- für die laufenden Kosten entrichten. Gespart wurde also nichts – im Gegenteil.

**Spaßbad.** Mit unendlichen Verzögerungen und Pannen (zuletzt: Eindringen des in der Spaßbad-Umgebung erheblich verseuchten Grundwassers) hat Braunschweig dem Wolfsburger Vorbild „Eventkultur aus der Retorte“ folgend bald ein „Spaßbad“. Nach anfänglich veranschlagten 22 Mio. Euro sind die Kosten letztendlich auf über 35 Mio. Euro gestiegen, also über 50%. Danach hat Braunschweig allerdings keine Stadteilbäder mehr, weil diese geschlossen werden sollen. Dagegen regt sich in Vierteln mit hohem Anteil an Bildungsbürgern Protest, zunächst (mit Erfolg) in Waggum, jetzt auch in Gliesmarode. Quartiere mit hohem Anteil an sozial schwächeren, ausländischen und älteren Mitbürgern, die sich weniger gut artikulieren können, drohen hinten runter zu fallen (z.B. Nordbadbenutzer). Im Sinne sozialer Gerechtigkeit erscheint es notwendig über ein neues Bäderkonzept nachzudenken.

### 3) Was fehlt in Braunschweig, was muss getan werden?

**Stadtentwicklungsplanung.** Braunschweig fehlen in erster Linie längerfristige Entwicklungspläne, in denen festgelegt wird, wo will Braunschweig hin. Hier ist in den vergangenen 13 Jahren, die im Zeichen unseliger Privatisierungen und effektheischer, aber isolierter Großprojekte standen, nichts geschehen. Erst in der neuen Ratsperiode mit den neuen Mehrheiten sind erste Ansätze zu erkennen wie z.B. der Sportentwicklungsplan, der Schulentwicklungsplan und ein Herantasten an einen Kulturentwicklungsplan, dessen Vorgänger aus 2003 nach arbeitsintensivem Input der Kulturschaffenden, sang- und klanglos in der Schublade verschwand. Nach wie vor fehlen ein Stadtentwicklungsplan, ein umfassendes Verkehrskonzept, das vor allem für den öffentlichen Nahverkehr regionale Aspekte in der erforderlichen Weise berücksichtigt und nicht zuletzt eine Biodiversitätsstrategie (die z.B. Hannover schon längst hat), die als ganzheitliches Konzept weit über das Artenschutzkonzept und den Landschaftsrahmenplan, der in Braunschweig (aus 1999) hoffnungslos veraltet ist, hinausgeht.

**Transparenz.** Transparenz im Rathaus und allen relevanten Gremien (Einführung einer Informationsfreiheitssatzung für alle Bürger): Der Bürger als Steuerzahler muss die Möglichkeit haben sich zeitnahe umfassend über die Arbeit der Verwaltung und der Ratsgremien zu informieren. Solange dies nicht missbraucht wird, Akteneinsichten müssen nicht nur für Ratsleute, sondern auch für Bürger ohne Begründung möglich sein. Sämtliche sekundären Unterlagen wie Gutachten, Expertisen, Protokolle, Verträge, Ausschreibungen, Pläne müssen im Ratsinformationssystem für jedermann zumindest einsehbar sein. Das Rathaus muss als eine Art „Begegnungsstätte“ ein offenes Haus für Bürger sein (wie es in anderen Städten wie

z.B. in Nürtingen schon der Fall ist). Ratsfraktionen und andere Gruppierungen müssen die Möglichkeit haben, Bürger zu Veranstaltungen ins Rathaus einzuladen.

**Bürgerbeteiligung.** Stärkung der Bezirksräte mit deutlicher Anhebung des Budgets und Einführung neuer, intensiverer Partizipationsmodelle (Beispiel Karlsruhe). Die Zeit isolierter Großprojekte ist vorbei. Die Zukunft Braunschweigs liegt daher (auch aus finanziellen Gründen) in der Entwicklung der Lebensqualität in den Quartieren. Die Bürger müssen dabei mitgenommen werden. Gerade Bezirksräte stehen im engen Kontakt zur lokalen Bevölkerung. Ihnen sind wesentlich mehr Kompetenzen und finanzielle Mittel zur Gestaltung der Stadtteile zu übertragen. Bezirkliche Empfehlungen/Beschlüsse zu ignorieren muss für übergeordnete Gremien (Ausschüsse, Rat) wesentlich schwerer werden als bisher. Um die Partizipation anzukurbeln sollte die Gründung von Bürgerforen/-vereinen unterstützt werden. Weitere Zielgruppen sind junge Menschen, BürgerInnen mit Migrationshintergrund sowie Studierende.

**Braunschweig und die Region.** Vordringlich ist in den kommenden Jahren die stärkere Einbindung Braunschweigs in die Region. Der erste und wichtigste Schritt, der ein Zusammenwachsen der Region beschleunigt, ist ein gut ausgebauter und kurz getakteter öffentlicher Nahverkehr, mit einem S-Bahn-Netz, das die wichtigsten Zentren der Region untereinander und mit dem Umland verbindet. 15 Jahre Stagnation bei der Einführung der Regiobahn sind nicht nachvollziehbar und erfordern m.E. die Professionalisierung der Strukturen und des Managements. Das Zusammenwachsen der Region funktioniert allerdings nur bei Verzicht auf Kirchturmpolitik (Angst Einwohner ans Umland zu verlieren, mit der Folge eines geringeren kommunalen Finanzausgleichs) und Eitelkeiten (ein Reich mit vielen kleinen Königen, von denen dann noch einer der größte sein will). Langfristig sind gemeinsame Verwaltungsstrukturen unabdingbar (Die Region Hannover macht es vor).

**Rekommunalisierung.** Ebenso wichtig ist die Vorbereitung der Rekommunalisierung der Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Fast alle in Braunschweig mit Macht vorangetriebenen Privatisierungen haben sich als Flop erwiesen:

- Die Müllgebühren sind in BS fast dreimal so hoch wie im kommunal organisierten Wolfsburg.
- An den privatisierten Ampeln mit z.T. kaum nachvollziehbaren Schaltungen steht man länger im Stau als früher. Die Reaktionen auf vorhersehbare Ereignisse wie längerfristige Autobahnbaustellen (z.B. A 398) sind mehr als unflexibel.
- BS-Energy verzockte sich auf Kosten der Gebührenzahler und der Stadt Braunschweig an Strombörse mit der Folge von Gewinneinbußen für Braunschweig von fast 50 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Der OB als unser Vertreter ist Mitglied im Aufsichtsrat. Einblick in die Verträge bekommt man nicht, weil angeblich Firmengeheimnis, d.h. jede Kontrolle (z.B. durch den Rat) wurde aus der Hand gegeben. Fernwärme ist in Braunschweig 30% teurer als in Hannover.
- Von Veolia müssen wir in ca. 20 Jahren die Abwasserkanäle für ca. 320 Mio. Euro zurück kaufen. Dafür sind noch keine Rücklagen gebildet.
- Für die Schul-PPP müssen wir ab dem nächsten Jahr 15 Mio. Euro/Jahr an Hochtief be-rappen. Bei Bedarf an Zusatzleistungen haben wir kaum die Möglichkeit einen anderen Bewerber auszuwählen.

**Abbau der Defizite des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg.** Der Flughafen Braunschweig- Wolfsburg ist unwirtschaftlich. Seit dem Jahr 2003 sind die Defizite des Flughafens von jährlich 1 Mio Euro (2003) auf inzwischen 3,2 Mio. Euro (2012) gestiegen (Anteil Braun-

schweig 1,6 Mio.). Die EU stellt nun die Rentabilität von Regionalflughäfen in Frage und wird die Förderung in den nächsten 10 Jahren auslaufen lassen. Auf diese Situation hat sich die Stadt Braunschweig als Mehrheitsgesellschafter einzustellen.

**Bezahlbarer Wohnraum.** Es fehlt ein tragfähiges Konzept für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Braunschweig. Momentan zeichnet sich ab, dass vor allem ältere solvente Paare in die bevorzugten innerstädtischen Wohnlagen drängen. Dort explodieren die Preise. Folge: Familien mit Kindern sowie junge Paare selbst in gesicherten finanziellen Verhältnissen werden an den Stadtrand verdrängt. Die Innenstadtwohnlagen drohen zu vergreisen. Dem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum haben die Stadtoberen entgegengewirkt, indem man über die städtische Wohnungsbaugenossenschaft NiWo 1000 Wohnungen verkauft hat. Eine Damit wurden „wichtige öffentliche Steuerungsmöglichkeiten in der Wohnraumversorgung aus der Hand gegeben“ (Deutscher Städtetag 2013). Nun werden nach einem Gutachten 100 ha für Wohnungsbau benötigt, um den Bedarf zu decken. Die Reserveflächen im Stadtgebiet sind begrenzt. Der selbstverschuldete Wohnungsbedarf darf nun nicht dazu führen, dass „auf Teufel komm ´raus“ auch minderwertiges Bauland ausgewiesen wird. Eine Tendenz, z.B. im Norden in Waggum zu beobachten - vor den Hörsten .Bebauung sehr grundwassernaher Standorte mit Naherholungsfunktion (technisch durch Aufschüttung alles machbar – aber muss das sein?) ohne schlüssiges Verkehrskonzept und ausreichend Kita-Plätze im Umfeld. Vielmehr muss darauf geachtet werden, dass Baugenossenschaften ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Luxussanierungen durch Baugenossenschaften mit Wohnungspreise von ca. 500.000.- Euro (s. z.B. Ferdinandbrücke

<http://www.wiederaufbau.de/kaufen/immobilien/neubauprojekte/eigentumswohnung.html>)

sind nicht tolerierbar. Die Neuausweisung von Baugebieten mit Wohnungsbau ist grundsätzlich an Schaffung bezahlbaren Wohnraumes zu knüpfen.

**Umwelt- und Naturschutz.** Braunschweig hat eklatant großen Nachholbedarf im Bereich Umwelt- und Naturschutz: Während die Bauverwaltung personell „ohne Ende“ aufgestockt wurde und trotzdem vor Arbeit nicht aus den Augen gucken kann, wurde der durch intensive Bautätigkeit ebenso geforderter Bereich Umwelt- und Naturschutz in Braunschweig in den letzten 13 Jahren sträflich vernachlässigt. Das Umweltamt muss mit einem halben Biologen auskommen (zum Vergleich: Helmstedt 4 BiologInnen, Wolfenbüttel 3 BiologInnen), es fehlen Fachleute z.B. für die Beurteilung von Bodenbelastungen. Die erforderlichen naturschutzfachlichen Erhebungen beschränken sich auf das allernötigste und werden oft nicht im fachlich sinnvollen Umfang sowie in der richtigen Jahreszeit durchgeführt. Dieser Qualitätsverzicht wird mit Zeit- und Personalmangel begründet. Der Landschaftsrahmenplan für Braunschweig stammt von 1999 und ist damit völlig überholt.

**Biodiversitätsstrategie.** Es fehlt eine Biodiversitätsstrategie: Per Ratsbeschluss ist Braunschweig 2013 Mitglied im Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“ geworden (<http://www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de/70.html>). Die Umsetzung lässt auf sich warten. Entgegen landläufiger Meinung ist der Verdichtungsraum Stadt keine biologische Wüste, sondern im Gegenteil, die Stadt bietet aufgrund ihres sehr kleinräumigen Musters an Boden- und Klimaverhältnissen, Vertikalstrukturen und neu entstandenen Habitaten (z.B. Industriebrachen) ein immenses Spektrum an Lebensräumen. Das Motto „Artenvielfalt ist Lebensqualität“ fasst den Effekt einer Biodiversitätsstrategie treffend zusammen, dennoch sind Bemühungen um „Biologische Vielfalt“ nicht als Spielwiese verschrobener Naturschützer zu sehen, sondern stellen ein ganzheitliches Konzept mit Zielvorstellungen zum Umgang

mit biotischen Ressourcen in einem Gemeinwesen dar: Dies erstreckt sich neben der Tier- und Pflanzenartenvielfalt, auf Klimaschutz und (Trink-/Abwasser)Wasserhaushalt, Energieerzeugung, Flächenverbrauch/-versiegelung, beinhaltet sozioökonomische Effekte bis hin zu kulturellen und wirtschaftlichen Aspekten und umfasst z.B. Innenhof-/Fassadengestaltung; Kleingärten, Grünflächenpflege, Schaffung von Klimaausgleichsräumen, Naturerlebnissräume, Auswahl standortgerechter Bepflanzung, Erhalt alter Nutzpflanzensorten, Gestaltung des Verkehrsbegleitgrüns; Gestaltung von Hochwasserretentionsräumen etc.

[http://www.umweltzentrum-braunschweig.de/uploads/media/Die\\_Stadt\\_als\\_Habitat\\_01.pdf](http://www.umweltzentrum-braunschweig.de/uploads/media/Die_Stadt_als_Habitat_01.pdf).

Andere Städte sind hier schon viel weiter als Braunschweig: Hannover beispielsweise ist Bundeshauptstadt der Biodiversität; viele Kommunen unterziehen sich Öko-Audit-Verfahren der EU (EMAS-Zertifizierung). Davon ist Braunschweig Lichtjahre entfernt. Um der Stadt diesbezüglich auf die Sprünge zu helfen, hat sich inzwischen unter dem Dach des BUND ein „Braunschweiger Bündnis für biologische Vielfalt“ gegründet.

**Altlasten im Boden.** Im Umweltbereich fehlt ein Konzept zum Umgang mit den Altlasten in Braunschweiger Böden: Braunschweig hat ein erhebliches Problem mit der Belastung von Böden mit Schadstoffen. Einzelne Beispiele: Im Bereich der Theodor-Heuss-Straße befindet sich eine Riesenblase polyzyklischer aromatischer Kohlenstoffe (PAK) aus der ehemaligen Teerfabrik in der Fabrikstrasse. Wenn diese Blase die Oker erreicht: eine Katastrophe; Hohe Tetrachlorethan- und Trichlorethenbelastungen (und andere Chlorderivate) sind in Braunschweig nicht selten: Wir finden sie am Madamenweg, in Wenden (hohe Konz. an Trichlorethen), im Heidberg und in Harxbüttel – dort heißt es auch, dass diese Stoffe „in großen Mengen in der Bodenluft nachgewiesen werden“. Das ganze Gebiet Hamburger Straße, Schützenplatz, Ludwigstraße, Mittelweg ist verseucht – Brunnen dürfen nicht benutzt werden – genau dort, wo im Vorzeigeprojekt Nordstadt („Caspariviertel“) im großen Stil innenstadtnaher Wohnraum erschlossen werden soll.

Bisherige Strategie der Stadt: Das Problem kleinreden und hoffen, dass nichts passiert. So geschehen an der Ludwigstraße. Auf eine Anfrage der BIBS im Mai 2012 u.a. wegen Überschreitung der Grenzwerte von Tetrachlorethan und Trichlorethen im Grundwasser, z.T. um das 100fache, antwortete die Stadt im Juni: „Eine Gefährdung von Menschen wird nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht befürchtet.“ Nur 8 Monate später (Februar 2013) gelangte Trichlorethen aus dem Grundwasser über Kapillarkräfte ins Mauerwerk und schließlich in die Raumluft der dort ansässigen Lebenshilfe – sie musste geschlossen und evakuiert werden.

Ein solcher Vorfall kann sich jederzeit irgendwo in der Stadt in dieser oder ähnlichen Weise wiederholen. Die Konsequenzen müssen gezogen werden. Die Stadt braucht ein Programm zur Sanierung belasteter Böden. Dies ist sehr teuer – aber, lieber auf ein Prestigeprojekt a la Spaßbad oder Flughafenerweiterung verzichten, als die Gesundheit Braunschweiger Bürger aufs Spiel zu setzen.

Zudem gibt es Verfahren verseuchte Böden mit PAK-abbauenden Bakterien zu beimpfen und dadurch längerfristig zu sanieren. Diese Verfahren sind in Braunschweig bisher offenbar noch nicht einmal probeweise durchgeführt worden.

**Klimaschutz.** Fortschreibung und Intensivierung der Klimaschutzbemühungen: Braunschweig hat ein Klimaschutzprogramm und einen Klimaschutzmanager. Das ist positiv. Im Einzelnen sind die Klimaschutzbemühungen, die sich augenblicklich sehr stark auf technische Aspekte beschränken (z.B. klimagerechte Gebäudesanierung), jedoch noch erheblich



zu erweitern, z.B. durch

- Verstärkte Eigenkontrolle des Stadtklimas durch Anschaffung weiterer Messcontainer (bisher nur zwei: Broitzem, Altewiekring) und mobiler Messeinrichtungen für den Einsatz an temporären Brennpunkten (z.B. Punkte mit verkehrsdichtezunahmen nach Einrichtung von Baustellen)

- Schaffung geeigneter Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge (z.Z. ganze 4 Ladestationen).

Es fehlt bisher völlig die **Integration biotischer Komponenten** in das Klimaschutzprogramm, also Baum- und Waldschutz, Trinkwasserreservoir, Gewässerschutz, Bodenschutz. Die Stadt Salzburg z.B. prägt den Begriff „Strategische Begrünung urbaner Bereiche“. Dies erfordert aber wirksamen Baumschutz (nicht nur im öffentlichen Bereich), da gerade ältere Bäume klimawirksam sind. Eine Baumschutzsatzung ist somit eigentlich ein selbstverständlicher Bestandteil eines effektiven Klimaschutzprogramms.

Erforderlich ist darüber hinaus eine Strukturanalyse, die Wirkungszusammenhänge zwischen städtischen Vegetationsstrukturen, Gebäuden, versiegelten Flächen und mikroklimatischen Bedingungen herstellt, von der ausgehend Klimateffekte modelliert werden können.

Im Klimaschutzprogramm fehlt ebenfalls die **Ernährung als Klimafaktor**: Der grüne Vorschlag eines fleischlosen Tages in öffentlichen Kantinen ging schon in die richtige Richtung: Die Erzeugung pflanzlicher Nahrung ist energetisch günstiger: Für den Nahrungswert von 1 kcal bei Fleisch müssen 7 kcal pflanzliche Nahrung verfüttert werden. Für die Produktion von 1kg Rindfleisch werden 6,5 kg CO<sub>2</sub> freigesetzt, für 1 kg Gemüse/Getreide nur 0,15 kg CO<sub>2</sub>. Hinzu kommen Methan (25mal so schädlich wie CO<sub>2</sub>), durch das Rülpsen und Färzen der Kühe, Lachgas (298mal so schädlich wie CO<sub>2</sub>) bei Umbruch von Grünland in Maisäcker als Kraffutter. Fleischverzicht ist aktiver Klimaschutz: Die Stadt muss diesbezüglich informieren und Angebote unterbreiten.

**Sicherung von Kleingarten- und Grabeland.** Ein Konzept zur Sicherung von Kleingarten- und Grabelandflächen und ihre Integration in das Netz städtischer Grünflächen: Aus demographischen Gründen haben viele Kleingartenvereine Nachwuchssorgen und ein Teil der Parzellen kann nicht mehr bewirtschaftet werden. Als Folge ist zunehmend zu beobachten, dass Kleingartenflächen quasi als „Steinbruch“ für Bauvorhaben dienen und überplant werden (jüngstes Beispiel: Kleingartenverein Neu-Richmond). Kleingärten haben jedoch eine herausragende Bedeutung als Naherholungsflächen für Bürger aus Stadtwohnungen ohne eigenen Garten. Sie fördern Naturnähe und das bessere Verständnis natürlicher Kreisläufe und tragen erheblich zur innerstädtischen Klimaverbesserung bei. Dabei fördern sie die Vielfalt von Tieren und Pflanzen. Besonders wertvoll sind die sozialen Funktionen, auch für ausländische Mitbürger (internationaler Garten; Garten ohne Grenzen; Tafelgärten).

Es fehlt ein Konzept, das genau diese gesamtgesellschaftlichen Funktionen würdigt, mit der geeigneten Förderung versieht und damit den Kleingartenbestand schützt, in dem z.B. Teilbereiche von Kleingärten als öffentliche Grünflächen allgemein zugänglich werden sowie junge Familien für das Erlebnis „Selbstversorgung“ mit eigenem Obst und Gemüse gewonnen werden („urban gardening“).

**Sicherheit kerntechnischer Anlage und Transporte.** Die erforderliche Sicherheitsstudie für den Betrieb kerntechnischer Anlagen und für den Transport radioaktiver Stoffe im Stadtgebiet: Braunschweig hat in Thune, in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohnbevölkerung einen Betrieb, der Umgangsgenehmigungen mit radioaktiven Materialien hat, vergleichbar mit Kernkraftwerken. Die ortsansässige Bevölkerung ist zu Recht in Sorge um ihre Zukunft aufgebracht. Der gebetsmühlenartige Verweis der Stadt auf die Zuständigkeit von Landes-

behörden hilft hier nicht weiter. Insbesondere im Zusammenhang mit der Aufstellung der Bebauungspläne TH 18 und WE 18 ist die Stadt zumindest für die Abwägung der Standortfaktoren wie z.B. Simulation von Unfallszenarien vor allem in Verbindung mit dem nahegelegenen Flughafen zuständig. Ebenso erforderlich ist die Durchführung einer Studie zur Transportsicherheit wie sie der Rat für den Umschlagplatz Bahnhof Beddingen auf Braunschweiger Stadtgebiet beschlossen hat.

**Förderung der alternativen Kulturszene.** Braunschweig braucht mehr Raum für Kreativität, Frei- und Querdenker. Wir haben hier eine ausgesprochen lebendige Kleinkunst- und Musikszene, die (im Vergleich zur hervorragend geförderten etablierten Kultur) bisher mit ein paar Krümeln vom Kuchen städtischer Förderungen bedacht werden. Mit der HBK hat man ein Pfund in der Stadt, mit dem man bisher kaum wuchert. Warum gibt es keine Kleinkunstpreise, warum werden lokale Künstlergruppen nicht in die Gestaltung von Plätzen und öffentlichen Gebäuden mit einbezogen? Es gibt viele weitere Ideen (s. Schadts-Liste; <http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/Braunschweig/schadts-liste-id1007745.html>)

Mehr kreative Unruhe und Unordnung zulassen. Das gilt auch für die Verwaltung, in der sich unterhalb der hoffmannisierten Dezernentenriege angesichts der autoritären Strukturen niemand mehr aus der Deckung traut.

**Soziokulturelles Zentrum.** Neues FBZ (soziokulturelles Zentrum) in zentraler Lage: Nach fast einjähriger Diskussion mit Moderation und Besichtigung von Alternativstandorten kristallisiert sich immer mehr heraus. Der innenstadtnahe Standort des alten FBZ an der Nimesstraße war ideal. Richtig und konsequent wäre ein auf den vorhandenen Strukturen basierender Neubau am alten Standort gewesen. Stattdessen entsteht dort ein Möchtegern-Luxushotel (4 Sterne Superior). Dies zeigt, welche Prioritäten in der Stadt gesetzt werden: Kapital statt Jugend, Jugend wird nicht als Kapital der Zukunft gesehen. Vorhandene Ressourcen wurden leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Nun kommt das „soziokulturelle Zentrum“ entweder gar nicht, oder ganz weit draußen oder es muss wieder viel Geld in die Hand genommen werden, um zentrumsnahe neu zu bauen. Ein Paradigmenwechsel mit anderer Prioritätensetzung im Rathaus ist angesagt.

**Kita-Kapazitäten.** Ein Konzept zur Sicherung der gesetzlich erforderlichen Kita-Kapazitäten inkl. der Erarbeitung von Qualitätsrichtlinien und vor allem -zielen: Rechtzeitig zur Kommunalwahl hat der OB 2011 die Kita-Gebühren abgeschafft. Das kostet die Stadt jährlich ca. 5 Mio. Euro. Schon damals haben politische Kräfte gefordert, statt der Befreiung die Qualität der Kita-Betreuung anzuheben (und damit auch die Quantität im Sinne der Bereitstellung der erforderlichen Zahl an Kita-Plätzen). Die Tatsache, dass nur 1,5 Jahre nach der Befreiung vom OB selbst an eine Wiedereinführung der Gebühren gedacht wird, kennzeichnet das Ganze als Effekthascherei, ist aber kein Zeichen für eine nachhaltige, sorgsam abgewogene Politik mit langfristigen Zielsetzungen. Die Wiedereinführung der Gebühren muss in einer sozialverträglichen Staffellung mit Beiträgen je nach finanzieller Leistungsfähigkeit erfolgen.

Abbau der Defizite des sog. Forschungsflughafens

**Innenstadtentwicklung.** Ein Konzept für die Innenstadtentwicklung insbesondere mit ethischen Anforderungen an sich dort ansiedelnde Handelsketten (mehr Qualität statt Quantität): Der OB freute sich kürzlich über die Ansiedlung des Billigklamottenherstellers Primark im City-Point. Primark gehört aber zu den Modeketten, die in dem eingestürzten Fabrikgebäude in Bangladesh mit ca. 1000 Toten produziert haben (Tragödie in Bangladesh belastet

Primark, FAZ 26.04.2013). Es stellt sich die Frage, welche Geschäfte wollen hier wir haben und welche nicht? Ein Zentrenkonzept, dass sich nur auf Sortimentsvorgaben beschränkt, greift zu kurz. Es sollten auch ethische Kriterien bei der Auswahl der Unternehmen, die wir bei uns ansiedeln, berücksichtigen.

**Öffentlicher Nahverkehr.** Eine Modernisierung des ÖPNV-Konzeptes inkl. Ausbau des Stadtbahnnetzes. Mit der Diskussion um die Stadtbahnverlängerung nach Volkmarode, ist die Diskussion um ein Gesamtkonzept endlich wieder in Gang gekommen. Die Stadt-Bahn ist nach wie vor das umweltfreundlichste und (bei eigenem Gleiskörper) schnellste Verkehrsmittel. Im Busverkehr muss die Zukunft Elektrobussen gehören (Versuche mit Elektrobussen mit Induktionsaufladung sind offenbar geplant). Andere Städte (z.B. Berlin) setzen mehr auf den wartungsärmeren und für Zugmaschinen alltagstauglicheren Wasserstoffantrieb. Strukturell hat Braunschweig den unschätzbaren Vorteil einer nahezu konzentrischen Form. Dies bietet sich für eine spinnennetzartige Struktur der Linienführung an mit 1-3 „Circle Lines“ (innerer Ring: Güldenstraße, Lange Straße, Bohlweg, Bruchtorall, Elektrofahrzeuge; äußerer Ring: Cyriaksring; Neustadtring, Rebenring, Altwiek-Ring, Kurt Schumacherstrasse, Frankfurterstrasse), die im Kurztakt immer im Kreis fahren sowie Radiallinien von der Innenstadt in die Vorstadtviertel, mit wichtigen Kreuzungen als Umsteigeknotenpunkte. Dies würde die Linienführung vereinfachen und Querverbindungen im Netz erleichtern. (Eine 3. Zirkellinie wäre vorstellbar: Schunteraue, Veltenhof, Watenbüttel, Kanzlerfeld, Lamme, Lehdorf, Weststadt, Broitzem, Rünigen, Heidberg-Melverode, Südstadt, Rautheim, Riddagshauen, Querum, Schunteraue).

**Kurzgetaktete Shuttleanbindung vom Hauptbahnhof in die Innenstadt:** Der Bahnhof braucht (insbesondere, wenn die bauliche Aufwertung des Bahnhofsviertels einmal abgeschlossen ist) eine schnelle Verbindung in die Innenstadt im 5-Minutentakt, möglichst kostenfrei mit Elektrofahrzeugen (ggf. vorhandene Stadtbahnlinie nutzbar). Es ist für einen Neuankömmling unzumutbar und verstärkt den provinziellen Eindruck, wenn er sich erst einmal mit dem ÖPNV-System in Braunschweig vertraut machen muss und – ggf. beladen mit Gepäck herausfinden muss – welche Bus- oder Bahnlinie fährt ins Zentrum (Bohlweg, Rathaus). Beim Verlassen des Bahnhofsgebäudes muss der Neuankömmling praktisch automatisch in das bereitstehende Shuttle-Fahrzeug zur Innenstadt (ggf. an gesonderter Haltestelle) „hineinfallen“.

**ICE-Anbindung:** Erhalt bzw. Verbesserung der ICE-Anbindung Braunschweigs für eine Zukunftsentwicklung unabdingbar: Jüngsten Meldungen zufolge soll Braunschweig durch den Neubau der ICE-Strecke Berlin – München via Erfurt vom ICE-Netz weitgehend abgehängt werden. Will Braunschweig weiterhin als Stadt „in der Bundesliga spielen“ ist die Erreichbarkeit und Anbindung der Stadt an wesentliche Verkehrswege (Schiene, Straße) essentiell. Der alte wie neue OB müssen sich daher mit aller Autorität dafür einsetzen, dass sich die ICE-Anbindung Braunschweigs nicht verschlechtert.

**Verkehrsentlastung der Innenstadt.** Innenstadtmaut: Freie Zufahrt zur Innenstadt nur zu den Parkhäusern, sowie für Anwohner, Lieferfahrzeuge und die dort arbeitende Bevölkerung: Die Innenstadt muss noch mehr als bisher den Fußgängern gehören und vom Individualverkehr befreit werden. Zentrale Plätze wie der neu entstandene „Schlossplatz“ sowie insbesondere das immer noch abseits liegende städtebauliche Kleinod Magniviertel müssen wesentlich stärker und vor allem barrierefrei an die Fußgängerzone angebunden werden. Eine Querung der Innenstadt über den Bohlweg erscheint verzichtbar (Durchfahrtsverkehr von Nord nach Süd oder umgekehrt ist der Umweg über die Ringstraßen zuzumuten). Hält man

eine Querung des Zentrums für den Individualverkehr für unverzichtbar, muss man einen Tunnel bauen wie in anderen Städten auch (z.B. Köln, Bonn-Bad Godesberg, Luxemburg etc.). Finanzierung allerdings schwierig erscheint.